

**Erstbetriebsbesuch**  
 einmal: Freitag.  
 Anzeigen: Die Gefaltene  
 Borgzettel 30 Pfennig.  
 Im Abonnement oder bei  
 Wiederholung entsprechend  
 billiger.  
 Schluß der Redaktion:  
 Dienstag Mittag.

# Die Stimme

**Abonnement**  
 vierteljährlich 1.— Mark  
 bei jedem Postamt und in  
 der Expedition.  
 Eingetragen in der  
 Post-Zeitungspreislifte.  
 Redaktion und Expedition:  
 Berlin NO. 55,  
 Greifswalderstr. 231/23.

**Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)**

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 231/23. — Fernruf: Amt Königsplatz 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Weilmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 231/23. — Geldsendungen an ob. Stelle, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 231/23.

Nummer 51/52.

Am a. Donau, den 31. Dezember 1915.

26. Jahrgang.

**Inhaltsverzeichnis:** Rückblick und Ausblick. — Der Reichstag. — Die Eisenbahntruppen im Kriege. — Weltkrieg und deutscher Geist. — Reichswochenhilfe nach dem Kriege. — Hinweg mit der Bildungssperre! — Deutsche Kulturarbeit in Belgien. — Die Herabsetzung der Altersgrenze. — Ehrentafel. — Kundschau: Die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln. — Ein unangenehmer Konflikt. — Patentschau. — Anzeigen.

ärmeren Bevölkerung sich zu bereichern. Gegen diese Vaterlandsverräter ist keine Strafe hart genug. Hier wäre die Strafe des Mittelalters am Platze, wo man derartige Wucherer öffentlich an den Pranger stellte. Bei Ausbruch des Krieges hatte der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe seinen Mitgliedern zur Pflicht gemacht, auch während des Krieges die tariflichen Löhne innezuhalten. Dies ist allerdings nur bedingt geschehen. Eine Einigung mit dem Schutzverband wurde betreffs der Kriegsverletztenfürsorge erzielt, indem eine Vereinbarung zustande kam, die als Anhang des Vertrages gelten soll. Nicht so glatt ging es mit den Verhandlungen über die während der Kriegszeit ablaufenden Verträge. Im vergangenen Jahre einigte man sich dahin, daß die im Jahre 1915 ablaufenden Verträge kurzum auf ein weiteres Jahr verlängert wurden. Bei den jetzigen Verhandlungen verlangten die Arbeitgeber einen einheitlichen Ablaufstermin für sämtliche Verträge, man strebte also, ähnlich dem

Widerpruch hingewiesen, der darin liegt, daß heute unsere braven Landsturmlente im Alter von 46 Jahren und darüber in den vordersten Reihen des Schützengrabens ihren Mann stehen, und zur Zufriedenheit der Führer es mit den Jüngsten an Leistungsfähigkeit aufnehmen, während gewisse Unternehmer diese Leute für ihre Betriebe als zu alt und untauglich bezeichnen. Hoffentlich bringt der Krieg auch in dieser Beziehung einen Wandel in der Anschauung gewisser Leute, die auch über den Krieg hinaus ihre Bedeutung behält.

Ganz besonderer Aufmerksamkeit wurde in dieser Zeit der Frage der Arbeitsvermittlung gewidmet. Und mit Recht. Der Wert einer guten Arbeitsvermittlung ist von uns von jeher betont worden. Die große Zahl der Arbeitslosen bei Ausbruch des Krieges wies mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß in dieser Frage unbedingt etwas geschehen müsse. Vor allen Dingen fehlte ein einheitliches System in der Vermittlung. Die wilde Zerklüftung, welche in der ganzen Arbeitsvermittlung auf dem Arbeitsmarkt vorherrschte, konnte zu keiner geordneten Vermittlung führen. Schuld daran tragen in erster Linie die vielen wild bestehenden Arbeitsnachweise, die jeder nach eigenem Muster vermittelten. Auf der einen Seite sind es die einseitigen Arbeitsnachweise der Unternehmer, die zum großen Teil als Maßregelungsbureaus für unliebame Arbeiter angesehen werden, dann sind Arbeitsnachweise von Organisationen geschaffen, die zum großen Teil Sonderinteressen vertreten. Um nun wenigstens einigermaßen einheitliche Grundsätze für die Arbeitsvermittlung zu schaffen, traten die Richtungen der Arbeitnehmerorganisationen zusammen, um auf Grund eingehender Beratungen etwas Einheitliches zu schaffen. Die somit geschaffenen Grundsätze wurden der Regierung unterbreitet. Man erkannte dieselben auch an, erklärte jedoch diese Zeit für eine geeignete Regelung der so wichtigen Arbeitsnachweisfrage als unzeitgemäß. Mit Recht wurde von den verschiedenen Vertretern in dieser Frage darauf hingewiesen, daß mit dem Eintritt des Friedens die Arbeitsnachweisfrage eine ungeahnte Bedeutung erlangen wird. Man erkannte diese Gründe wohl als berechtigt an, erklärte jedoch diese Materie als zu schwierig, um in dieser Zeit an eine endgültige Lösung herantreten zu können. Man hat ja nun verschiedene Ansätze zur Zentralisierung der Arbeitsvermittlung der Kriegsinvaliden gemacht, die auch zum Teil mit Erfolg gekrönt sind. Auch hat man von Seiten der Kommunen die Errichtung von Arbeitsnachweisen in die Wege geleitet, ein abgeschlossenes Ganzes ist leider nicht zu verzeichnen. Einen besonders krassen Standpunkt vertritt in dieser Beziehung die Großindustrie, die von ihren eigenen Arbeitsnachweisen nichts abgeben will, und die paritätischen Arbeitsnachweise als Stätten für arbeitsfähiges Gefindel betrachtet. Wir haben im Laufe der Zeit wiederholt auf diesen haltlosen Zustand hingewiesen, doch gibt es Kreise, die von einem Umlernen selbst in der großen Zeit des Burgfriedens nichts wissen wollen und nur ihre eigenen Interessen im Auge haben. Eigenartig ist auch die Auffassung dieser Kreise über den Burgfrieden. Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch laut geworden, den Burgfrieden auch über den Krieg hinaus zu wahren, selbstverständlich unter Wahrung der beiderseitigen Rechte, man strebt damit eine Milderung der Gegensätze an, die zum großen Teil in oft schroffer Form zum Ausdruck gebracht worden sind. Die Arbeitnehmerorganisationen erklärten ihr Einverständnis damit. Das Hauptorgan der Großindustrie „Die Arbeitgeberzeitung“ nimmt dagegen eine Stellung ein, die alles andere, als auf eine friedliche Verständigung blicken läßt. Der Krieg hat im weiteren die offene Anerkennung von Arbeitnehmerorganisationen der Behörden mit sich gebracht. Vor Ausbruch des Krieges trug man sich in Regierungskreisen mit dem Gedanken herum, die Gewerkschaften unter Ausnahmegelehr zu stellen, die Ansätze dazu waren bereits gemacht. Jetzt hat man die Segensreichen Einrichtungen anerkannt und dieselben für die Allgemeinheit als geradezu unentbehrlich bezeichnet. Wir können mit diesem Gesinnungswechsel zufrieden sein, bringt derselbe doch den Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wir brauchen unser Licht auch nicht unter den Scheffel zu stellen, wissen wir doch nur zu gut, daß die Tapferkeit, Ausdauer und Disziplin in unserem Heereswesen zum großen Teil auf das Konto der Erziehungsarbeit in den Gewerkschaften zu setzen ist. Wir machen davon nicht viel Aufhebens, wir haben im Gegenteil gar nichts anderes erwartet und werden in dieser Erziehungsarbeit fortfahren. Wenn wir alles in allem einen Rückblick auf das Jahr 1915 nehmen, so können wir mit der von uns geleisteten Arbeit zufrieden sein. Zwar sind die Reichen unserer Mitglieder stark gelichtet, so mancher ruht unter feindlicher Erde, eine Anzahl ist mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden, trauriges mit süßlichem ist vermischt. Es wäre töricht, zu behaupten, daß wir alle durch den Krieg hervorgerufenen widerwärtigen Verhältnisse mit Leichtigkeit überwunden haben, gerade das Gegenteil ist der Fall. Manche Sachen haben uns geradezu mit erster Sorge erfüllt. Den Kopf hängen lassen, war noch nie unsere Manier. Den Blick vorwärts gerichtet war stets unser Ziel.

## Rückblick und Ausblick.

Das Jahr 1915 neigt sich seinem Ende zu und mit ihm sind alle Hoffnungen und Erwartungen, die man an dasselbe geknüpft hat, zu Grabe getragen. An solcher Jahreswende pflegt der einzelne Mensch einen Rückblick auf seine Vergangenheit, auf alles, was er sich vorgenommen, was er erzielt hat, zu nehmen, um dann wieder seinen Blick auf die unergründliche Zukunft zu richten. Wir leben jetzt in einer Zeit, in der Wünsche des Einzelnen nur Seifenblasen im großen Strome des Weltmeeres sind. Das Leben des Einzelnen, wo Laufende von blühenden Menschenleben vernichtet werden, gilt für nichts. Welche heißen Friedenswünsche sind wohl mit den Neujahrswünschen verknüpft worden, dieselben werden sich jetzt wiederholen, ohne vorläufig auf eine Erfüllung zu rechnen. Noch tobt die Kriegsfurie mit unerminderter Kraft, so daß an einen Frieden wohl vorläufig nicht zu denken ist.

Für die Arbeiterorganisationen als solche, besonders für unsern Gewerksverein heißt es daher weiter unsere Kräfte sammeln, auf der Wacht zu sein, daß die Interessen unserer Mitglieder genügend gewahrt werden. Das Jahr 1915, welches in der Weltgeschichte solch große Bedeutung erlangt hat, ist auch an den Arbeiterorganisationen nicht spurlos vorübergegangen. Bei Ausbruch des Krieges hat sich wohl bei manchen überzeugten Kollegen der Zweifel eingeschlichen, ob dieser Gewerksverein diese schwere Zeit überstehen würde. Die gewaltigen Anforderungen, welche durch die übergroße Arbeitslosigkeit an uns gestellt wurden, waren auch dazu angetan, das Herz des Mutigsten schneller schlagen zu lassen. Doch all die gehegten Befürchtungen sind zum großen Teil nicht eingetroffen. Durch die schnell aufeinander folgenden Siege machte sich auch eine Neubelebung des Arbeitsmarktes bemerkbar, dazu kam, daß durch die gewaltigen Heeresaufträge ein großer Teil unserer Kollegen lohnende Arbeit fand. Trotz dieser günstigen Zeichen bedurfte es der äußersten Anstrengung aller Organe, um die Geschäfte im Laufenden zu erhalten. Erschwert wurde diese Arbeit ganz ungemein durch den stetigen Wechsel in den Verwaltungsgeschäften. Fast keine Woche verging, in der nicht dieser oder jener Vorkommende oder Kassierer zum Heeresdienst einberufen wurde. Hand in Hand mit diesen ging die Einberufung der andern Mitglieder vor sich, so daß manche Zahlstelle direkt in Frage gestellt wurde. Naturgemäß wurden die Einnahmen auch immer kleiner, während die Ausgaben sich nur langsam mit dem Steigen der Arbeitsgelegenheiten, verringerten. Das Bedauerlichste war, daß es in allen Organisationsrichtungen, und so auch in unserem Gewerksverein eine Anzahl von Fahnenflüchtigen gab, die den Wert der Arbeiterorganisationen noch nicht erkannt hatten. Man kann hierzu wohl sagen, daß Leute, die in dieser schweren Zeit die Fahne verlassen, es in späterer Zeit tief bereuen werden. Unser Gewerksverein hat bewiesen, daß er sich auch durch die schlimmste Kriegsfurie nicht hat aus dem Gleichgewicht bringen lassen. Unermüdbar haben wir versucht, uns den veränderten Verhältnissen anzupassen. Wo es galt, die ganzen verfügbaren Kräfte gegen die anstürmenden äußeren Feinde zu verwenden, mußten natürlich die wirtschaftlichen Kämpfe mit den Unternehmern eingestellt werden. Dem angestrebten Burgfrieden schlossen wir uns rückhaltlos an. In der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern geschaffenen Kriegsarbeitsgemeinschaft, versuchten wir nach Möglichkeit unsere Kräfte zu widmen. In der von vielen Kommunen eingeführten Arbeitslosenunterstützung konnten wir eine offene Anerkennung der Arbeiterorganisationen erblicken. Der englische Lushungerungsplan ließ auch uns nicht müßig sitzen. Durch Vertretung in den einzelnen Kommissionen, durch ausführende Arbeit in den Kreisen des Volkes und besonders unserer Mitglieder versuchten wir den Plan zunächst zu machen. Es ist dabei garnicht weiter verwunderlich, daß bei den vielen dieserhalb getroffenen Maßnahmen auch Fehler gemacht worden sind. Rückhaltlos haben wir erklärt, daß wir bereit sind, alle durch den Krieg hervorgerufenen Lasten gemeinsam zu tragen, daß wir freudig Gut und Blut für die Befreiung unseres Vaterlandes einsetzen wollen. Mit aller Entschiedenheit haben wir uns aber gegen die Blutsauger unseres Volkslebens gewandt, die in dieser schweren Zeit sich nicht entschloßen auf Kosten der

## Ein fröhliches Neues Jahr

wünscht allen Mitgliedern und Freunden

Der Hauptvorstand.

Buchdruckergewerbe, einen Reichstaxi an. Schon im Jahre 1913 bei den großen Verhandlungen erklärten die Arbeiterorganisationen, daß von einem Reichstaxi für das Holzgewerbe in absehbarer Zeit noch keine Rede sein kann, und man begründete dies eingehend mit den im Holzgewerbe liegenden Verhältnissen. Dieselbe Antwort wurde den Arbeitgebern auch bei den letzten Verhandlungen zuteil, so daß man ohne Resultat auseinander ging. Die Verträge sind nun von keiner Seite gekündigt worden, laufen also stillschweigend auf ein Jahr weiter. Es hat nun gewiß eine Anzahl von Kollegen gegeben, die durch eine Kündigung des Vertrages eine Aufbesserung ihrer Verhältnisse erwarteten. Die Organisationsleitungen haben diesem Gedanken auch Rechnung getragen, sie sagten sich jedoch, daß für diese Zeit, in der wir nicht wissen, wie die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt sich gestalten werden, ein langjähriger Vertrag doch nicht am Platze war. Andererseits lag die Gefahr einer vertragslosen Zeit vor, die unter allen Umständen vermieden werden mußte. Um nun unsern Kollegen einigermaßen entgegen zu kommen, haben wir überall, soweit es angänglich war, die Forderungen von Teuerungszulagen erhoben. Die an sich, durch die Verhältnisse berechtigten Forderungen sind zum großen Teil auf lebhaften Widerstand gestoßen, man hat unsern Kollegen vielmehr anheim gestellt, durch Leisten von Ueberstunden ihre Verhältnisse aufzubessern. Dies mußte mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, und sollen die Forderung von Teuerungszulagen mit allem Nachdruck verfolgt werden. Wenn es innerhalb von ersten Differenzen gekommen ist, so ist es nicht unsere Schuld, sondern es tragen diejenigen Arbeitgeber, welche so wenig soziales Verständnis in dieser Sache zeigen, die Verantwortung. Eine erfreuliche Erscheinung hat der Krieg mit sich gebracht, indem die alten Arbeiter auch wieder mehr zur Geltung gekommen sind. Fabriken, die bei Friedenszeiten Arbeiter von 40 Jahren und darüber nicht mehr einstellten, sahen sich durch die Verhältnisse gezwungen, Arbeiter im hohen Alter einzustellen. Die Praxis hat es gelehrt, daß diese Leute wohl instande sind, noch ihre Arbeit zu verrichten, und daß sie nicht so minderwertig sind, wie man sie zum größten Teil gerne hinstellt. Wir haben schon wiederholt auf den

Was wird uns nun das neue Jahr bringen? Der erste Wunsch wird wohl bei jedem von uns sein, daß der Friede bald eintreten möge. Wir müssen uns lieber mit dem Gedanken abfinden, daß noch unzählige Opfer an Gut und Blut gefordert werden, daß noch gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, ehe der heißersehnte Friede kommen wird. Eines aber ist bei uns zur Gewissheit geworden: Der Sieg unserer Waffen ist unser, den kann uns nach menschlicher Voraussicht niemand mehr entreißen. Darum heißt es: Durchhalten!

Der Reichstag hat dem Volke eine neue Steuerreform angekündigt. Wir wissen nun nicht, in welcher Form die Steuerzahler bedacht werden sollen, doch muß heute schon mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß in erster Linie und fast ausschließlich der direkte Beitrag zur Steuer herangezogen werden muß. Wir werden, wenn die Sache so weit ist, eingehend darauf zurückkommen. Ein neuer 10 Milliarden Kredit ist gefordert worden. Ist die Bewilligung bisher glatt von statten gegangen, so trat diesmal ein Ereignis ein, dessen Tragweite unübersehbar ist. Zum ersten Mal trat eine offene Spaltung bei der Abstimmung in der sozialdemokratischen Partei ein, indem die Mehrheit derselben für eine Minderheit von 20 Abgeordneten gegen den Kredit stimmte, ein offener Disziplinbruch, der unübersehbar die Folgen haben wird. Zwar liegen sich der radikalste Flügel in der Partei und der gemäßigte schon lange in den Haaren, man hätte aber doch erwartet, daß nach außen hin der Friede der Einigkeit stand halten würde. Für die Allgemeinheit ist ja der Vorgang ohne jede Bedeutung, ändert an der ganzen Sache nichts, denn ob die paar Millionen dagegen stimmten oder nicht, ändert an der Tatsache nichts. Es fragt sich nur, ob das feindliche Ausland nicht Kapital aus der Sache schlagen wird, daß dadurch eine Verlängerung des unsäglichen Blutvergießens herbeigeführt wird. Sollten sich hierin die Folgen zeigen, so hat dieser Teil der Sozialdemokratie eine Verantwortung auf sich geladen, dessen Schwere er kaum ertragen kann, und aus der ungezählte Köcher entstehen werden. Vorläufig ist an der Sache nichts zu ändern, und muß die Sache ihren Lauf nehmen, man wird klug tun, so wenig wie möglich zu reden, damit diese Leute sich nicht eine Bedeutung beimessen, die ihnen nicht zukommt. Für die Arbeiterschaft gilt es nicht, den Blick durch eine Parteibrille sich trüben zu lassen. Wir wollen nach wie vor den betretenen Weg weiter wandeln. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen unserer Mitglieder, das soll nach wie vor unser Ziel sein. Wir erwarten, daß alles das, was in der Kriegszeit an Neuerungen im öffentlichen Leben geschaffen ist, auch im Frieden ein groß Teil davon aufrecht erhalten bleiben wird. Der Sorge um die Kriegsverletzten wird nach wie vor unsere Kraft gewidmet sein, das Los der Kriegerverwundeten, sowie der Witwen und Waisen wird unserer ersten Fürsorge unterstehen. Ausgerüstet mit den Erfahrungen und namentlich mit denen dieser Zeit werden wir nach wie vor unsern Mann im öffentlichen Leben stellen. Von unsern Mitgliedern, besonders von den Vorständen, erwarten wir mit aller Bestimmtheit, daß dieselben auch im neuen Jahre mit vollem Eifer ihre Schuldigkeit tun werden, dies umso mehr, da sie als die Zurückgebliebenen unseren heimkehrenden Kollegen Rechenschaft für ihre Tätigkeit ablegen werden müssen. So mit neuem Mut ausgerüstet, wollen wir auch im neuen Jahre den schweren Kampf ums Dasein aufnehmen, im Interesse unseres Vaterlandes und des Gewerkschaftsvereins.

## Der Reichstag.

Sechste Kriegstagung.

Aus „Soziale Praxis“, herausgegeben v. Prof. Dr. E. Franke und Prof. Dr. W. Zimmermann.

In all dem wilden Kriegsgetümmel geht die deutsche Geistesarbeit still und beharrlich ihren Weg. Die Wissenschaft und die Schule, die bildende Kunst und die Musik, die Forschung und die Lehre werden gepflegt, als ob Deutschland nicht im härtesten Daseinstampfung stünde, der je einem Volke beschieden war. Und nicht nur in den Grenzen des Reichs geschieht dies pflichtgemäß und gerätlich sondern auch in jenen Gebieten im Westen und im Osten, die unsere siegreichen Waffen erobert haben. Kaum hatten die Deutschen die Verwaltung Belgiens in Händen, so sorgten sie eifrig für den Fortgang des Schulbetriebs, richteten Schauspiele, Opern, Konzerte ins Land. Wenige Monate nach der Eroberung Warschaws erhoben dort die polnische Universität und die polnische technische Hochschule, die die Russen dem Lande verjagt hatten: erst die Deutschen erfüllten mit dieser Kulturthat eine alte Sehnsucht des polnischen

Volkes. Und aus unseren eigenen Gauen seien nur ein paar kleine Züge angeführt. Da tagt der Verein deutscher Ingenieure und sein Vorsitzender, der Leiter einer berühmten Maschinenfabrik, spricht in seiner Eröffnungsrede von der Notwendigkeit besserer staatsbürgerlicher Erziehung der Jugend, vom Ausbau der Fortbildungs- und Fachschulen, vom Aufstieg begabter Volksschüler in die höheren Anstalten. In der sächsischen Abgeordnetenkammer stellt ein Sozialdemokrat mit Genehmigung fest, daß auch in dieser schweren Zeit des Krieges die Fürsorge für Wissenschaft und Kunst in Sachsen nicht nachgelassen habe; das sei ein erfreuliches Zeichen für das Barbaren-tum in Deutschland. Der Verband mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten, der doch wahrlich von den Kriegsnöten nicht verschont wird, errichtet an der Universität Berlin eine Stiftung, aus deren Zinserträgen das Studium der sozialen und rechtlichen Fragen des Beamtenstandes gefördert werden soll. Unter den Nobelpreissträgern dieses Jahres stehen deutsche Gelehrte in der vordersten Reihe. Das sind nur einige, beliebig herausgegriffene Tatsachen, die sich unschwer vermehren ließen.

Unsere Feinde, die uns der Zerstörung aller Kultur bezüchtigen, schließen absichtlich die Augen gegen jede Befundung unseres Geisteslebens. Und doch würden sie, die die Schärfe unserer Waffen fühlen, zu einer richtigeren Würdigung der geistlichen Verfassung kommen, in der wir diesen Krieg bis zum Ende führen werden, wenn sie Leben und Sinnesart unseres Volkes mehr nach unserer geistigen Kraft beurteilen wollten, als sich an den Strohalm der Hoffnung auf ein inneres Verdorren und Welken klammern, weil unser Wirtschaftsleben manche Schwierigkeiten zu überwinden hat. An der ausdauernden Ergiebigkeit unserer Finanzen wagen allerdings Franzosen und Engländer, Russen und Italiener kaum mehr zu zweifeln, um so weniger, als sie sich selbst hier auf unsicherem Boden fühlen. Aber die Rohstoffe, so meinen sie, fehlen uns, die wir für die Kriegsführung benötigen, und der Mangel an Nahrungsmitteln für Mensch und Vieh müsse selbst dann unseren Händen das Schwert entwinden, wenn wir immer noch neue Kriegsscharen aufbieten könnten. Daß Kriegszeit teure Zeit ist, das wissen wir so gut wie sie, deren Zeitungen in Paris und Rom, in London und Petersburg angefüllt sind mit Klagen über drückende Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse. Nicht minder beschweren sich auch unsere Feinde über schamlose Preistreiber, in denen schmutzige Wucherhände sich bereichern, über Spekulantengier und unsaubere Machenschaften. Wir wollen uns wahrlich nicht besser machen, als wir sind: es gibt auch bei uns genug und übergenug Dinge, die uns mit Eitelkeit und Scham erfüllen. Aber unsere Feinde haben am allerwenigsten Grund pharisäerisch sich zu überheben: hier sind allzumal Sünder! In jedem Krieg ist noch so gewesen, daß einzelne reich und reich und die Massen ärmer geworden sind. Und wenn der Gegensatz schwelgerischer Leppigkeit der Kriegsschmaroker zu der Dürftigkeit der Lebensführung breiter Schichten auch noch so widerwärtig ist, so berührt er doch nur die äußerste Oberfläche unseres Volksorganismus und kann an der unerhörten Kraft und Gesundheit, die er in diesem Kriege beweist, nichts ändern.

Die tatsächlich vorhandenen Schwierigkeiten aber zu überwinden, ist eine innere Angelegenheit, die unsere Feinde gar nichts angeht. Das sollen sie unsere eigentl. Sorge sein lassen, damit werden wir ganz allein fertig, und jede Hoffnung daraus für sich Gewinn zu ziehen, wird ihnen wie Seifenblasen zerplatzen, ebenso wie alle ihre früheren Träume eitel gewesen sind — von innerer Parteilung und Zerklüftung, von Aufstand und Abfall, von Furcht und Mangel, und was sonst der phantastischen Phantasie mehr waren. Kürzlich hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine Zusammenstellung solcher Wahngelüste veröffentlicht, an denen die Hoffnung unserer Feinde sich labt. Da las man von bleicher Hungersnot, Sterben und Verderben, Krawallen und Plünderungen, Niederfädelung empörter Massen, Erschießung von Volksführern — eine lange Litanei von armseligen Erfindungen, die grotesk wirkten würde, wenn sie auf die in Unkenntnis der Wahrheit gehaltenen Massen in Feindesland nicht die beabsichtigte Aufregung zur Fortsetzung des Krieges ausüben müßte, in dem Deutschland durch Hunger und Mangel unterliege. All diese Lügen zerfallen an dem Felsen der Tatsache, daß unser Volk nicht nur bis zum Siege aushalten will, sondern auch aushalten kann. Für die Menschen, einschließlich der Gefangenen, deren Leben und Wohlfahrt uns heilig sind, haben wir ausreichend Nahrungsmittel, wenn wir auch sorglich damit haushalten müssen. Es ist uns nur mühslich, wenn uns der tiefe Ernst der Vaterunserbitte: „Unser täglich Brot gib uns heute!“ recht eindringlich vor Augen gestellt wird. Und was uns an Futtermitteln für das liebe Vieh gefehlt hat, das kommt uns jetzt in

genügenden Mengen zu vom Südosten, den unsere und unserer Verbündeten Waffen aufgeprengt haben. Auch mit Rohstoffen für die Kriegsführung mangelt es nicht — wir sind damit so reichlich versehen, daß auch ein noch Jahre dauernder Krieg die aufgeschöpften Vorräte nicht erschöpft. Doch alle Hoffnung fahren — das ist die Lösung, die die Wahrheit selbst unseren Feinden zuruft, immer wieder, bis sie endlich hören.

Mit jedem Tage, so dürfen wir zuversichtlich hoffen, wird die Volksernährung besser geregelt und fester gesichert. Niemand leugnet, daß Mißgriffe und Fehler begangen worden sind. Hier hat man zu lang gezögert, dort unzulänglich eingegriffen. Es fehlte an einem großen, allgemeinen Plan, man ließ die Dinge zu weit laufen, man scheute sich vor kräftigem Zugriff. Man stand zu tief in der Ueberlieferung der freien Friedenswirtschaft, belehrte sich nicht früh genug zu der Notwendigkeit der gebundenen Kriegswirtschaft. Man unterschätzte die Bedeutung der Heilmaternahrung, während aller Augen gespannt die Versorgung der kämpfenden Heere verfolgte. Und als man nun in manche Schwierigkeiten geriet, als notwendiger Lebensbedarf nicht nur allgemein teuer, sondern auch hier und da knapp wurde oder gar mangelte, da überstürzten sich Maßregeln und Verordnungen, die aber zum Teil bei der Festsetzung der Preise begannen, anstatt mit der Beschaffung und Verteilung der vorhandenen Vorräte. Alle solche Erscheinungen sind menschlich begreiflich — menschlich begreiflich sind aber auch die Unruhe und das Seufzen geängstigter Mütter, die sich um das tägliche Brot sorgen, während der Ernährer im Felde steht. Und von dieser Not ist nur ein Schritt zu dem Fischen nach den Ursachen, zu den gegenseitigen Vorwürfen, der Landwirt trage die Schuld, der seine Erzeugnisse zurückhalte, der Händler, der auf Preisgewinne spekuliere, oder die Unvernunft des Verbrauchers, der Vorräte wie ein Hamster aufspeichere. Man warf sich gegenseitig Mangel an Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe vor — als ob nicht alles Geld und Gut gering zu achten ist gegen die Ströme von Blut, die die Söhne unseres Volkes auf den Schlachtfeldern vergießen! Endlich aber gab's gewisse Quertreiber und Störenfriede, die mit Wollust in die Funken bliesen, weil sie am Feuer ihre Giftränke kochen wollten. Und es scheint uns keineswegs nützlich gewesen zu sein, daß man von oben her nach Kräften die Ventile beschwerte, aus denen die Erregung sich hätte entladen können. Unsere Feinde kennen durch ihre Spione die Schwächen unserer Rüstung genau, ihnen hätte die freie Erörterung nichts Neues sagen können, das Licht der Defizientlichkeit aber hat eine heilsame Kraft.

Darum ist es gut, daß der Reichstag jetzt zusammengetreten ist. Hier ist die berufene Stätte, wo Regierung und Parteien, die zusammen erst die wahre Volksvertretung in dieser ernsten Zeit bilden, in Rede und Gegenrede volle Klarheit über den wirklichen Stand der Dinge verbreiten können, die jetzt oft einseitig, schief, verzerrt dargestellt werden. Vermutlich werden zunächst die Verhandlungen wieder in dem erweiterten Hausaltauschuss geführt werden. Aber wir wünschen dringend, daß den amtlichen Berichten über diese Erörterungen, die niemals ein völlig erschöpfendes Bild geben können, dann auch die öffentliche Besprechung in der Vollversammlung des Reichstags folgen möge, die für jedermann zugänglich ist, sei es als Ohrenzeuge, sei es als Leser getreuer Zeitungsberichte. Wir haben nichts zu verheimlichen, wir können frei auch über Fehler reden, weil mit ihrem Eingeständnis schon der erste Schritt zur Besserung getan wird, und die Abwandlung all der Ernährungsfragen in voller Öffentlichkeit wird wirksamer als jedes andere Mittel Beruhigung und Sicherung in der Heimat, Enttäuschung und Sorge bei unseren Feinden verbreiten, weil damit ebensoviele die volle Eintracht und Entschlossenheit des Siegeswillens als auch die Festigkeit und Breite der Grundlagen, auf denen dieser Wille aufwächst, vor aller Welt dargetan wird. Vor dieser Klarstellung werden auch Vorurteile und Vorwürfe schwinden. Jede Kritik, die sich ihren Stoff aus Vergangenheit und Gegenwart holt, hat jetzt doch nur dann Sinn und Zweck, wenn sie aufbauend für das Bessermachen in der Zukunft wirkt. Den guten Willen, den wir für uns selbst beanspruchen, müssen wir auch den anderen zuerkennen. Der „Burgfrieden“ geht nicht gleich in die Brüche, wenn in seinem Bereich mal ein kräftiges Wort fällt, er soll auch gar nicht das Schweigen des Kirchhofs bedeuten: „Das Beste ist, wir reichen uns die Hände und nehmen mit der Lehre nicht empfindlich!“

So wird die „Magenfrage“, die erste, wenn auch nicht die tiefste aller sozialen Fragen, im Reichstag voraussichtlich den breitesten Raum einnehmen. Daneben sind bis jetzt nur wenige Regierungsvorlagen angeündigt; auch sie treten an sozialpolitische Probleme heran. Fest steht, daß die Sicherung der sogenannten Kriegsgewinnsteuer in die Wege geleitet werden soll, das heißt die Besteuerung der Gewinne, die während

## Die Eisenbahntuppen im Kriege.

Von M. Schumacher.

(Schluß.)

Die Formation der Eisenbahntuppen ist eine andere als bei den übrigen Truppenteilen des deutschen Heeres. Im Frieden in Regimentern eingeteilt, kommt man im Kriege nur Kompanien. Was leicht begreiflichen Gründen ist es jetzt nicht möglich, die ganze Organisation zu besprechen, so interessant dies auch wäre. An der Spitze steht der Chef des Feld-Eisenbahndienstes, der zum Großen Hauptquartier gehört. Dann folgen die Militär-Eisenbahn-Direktionen, denen die einzelnen Formationen der betreffenden Bezirke unterstellt sind.

Wiesch wird angenommen, daß die Eisenbahner im Kriege außer aller Gefahr sind. Dem ist aber nicht so, denn unsere Feinde wissen genau, welche Bedeutung die Eisenbahnen für uns haben. Wo eine Strecke oder ein Bahnhof im Bereich der feindlichen Geschütze liegt, wird ununterbrochen geschossen. Ferner hat die Schanzanlage ein gezieltes Ziel für die feindlichen Mörser. Wenn diese auch nur selten erheblichen Schaden anrichten, so hat doch mancher brave Kamerad sein Leben dabei gelassen.

Das H. L. S. hat im Juni ds. J. einiges über die Leistungen der Eisenbahn veröffentlicht, dem wir nachstehendes auszugsweise entnehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich um Zahlen handelt, die heute längst überholt sind, die aber deswegen von Wert sind, weil ihre Zuverlässigkeit nicht angezweifelt werden kann.

Es heißt dort: „Im Laufe des Krieges sind bisher 104, größere Bahnhöfe gebaut, 8 Tunnels wieder-

hergestellt und 14 größere Vollbahnen dem Betrieb übergeben. Etwa 160 Bahnhöfe sind hinsichtlich ihrer Gleisentwicklung, ihrer Aus- und Einlademöglichkeiten ausgebaut, zahlreiche Ueberholungsgleise für die langen Militärzüge und eine Reihe von Verbindungskurven zwischen wichtigen Bahnlagen gelegt.

Die nachstehende Zusammenstellung gibt einen Ueberblick über die Entwicklung des Militärbetriebes in den von uns besetzten feindlichen Gebieten, hierbei sind die russischen an Ost- und Westpreußen östlich der Weichsel angrenzenden Bahnen unberücksichtigt geblieben.

### Betriebsresultate im eroberten Bahngebiet für Monat April 1915.

(Zahlen abgerundet.)

1. Streckenlänge am Monatsende.			
	1gleisig	2gleisig	Zus.
a. im Militärbetrieb	3000	4100	7100 Km.
b. verwachtet	450	150	600 „
c. nicht benutzt	550	20	570 „
d. nicht wiederhergestellt	90	20	110 „
e. im Bau	400	15	415 „
zusammen	4490	4305	8795 Km.

  

2. Betriebsverwaltung.	
a. Betriebsämter	75
b. Maschinenämter	25
c. Werkstättenämter	10
d. Besetzte Stationen	1200
e. Betriebswerkstätten	70
f. Gasanstalten	5
g. Elektrische Kraftanlagen	350

3. Wohlfahrtseinrichtungen.	
a) Badeanstalten	100
b) Kriegsversorgungsanstalten	33
c) Verband- und Erfrischungsteilen vom Roten Kreuz	30
d) Uebernachtungsanstalten für Eisenbahnerpersonal	135
e) Eisenbahnerheime	5.

4. Leistungen und Fahrzeuge.  
 Geleistete Wagenachtfilometer 170 500 000 Kilometer  
 Geleistete Zugkilometer 3 000 000 Kilometer.

Bei der Bewertung der Betriebsresultate muß in Rechnung gestellt werden, daß seit Uebernahme der Bahnen in ihrem oben geschilderten Zustande erst acht Monate vergangen sind, und daß der öffentliche Personen- und Güterverkehr noch im Entstehen begriffen ist. Die Eisenbahnen würden sicher schon jetzt größeren Anforderungen des öffentlichen Verkehrs entsprechen können. — Diesen von Monat zu Monat in weitere Bahnen zu bringen, ist Aufgabe der Militär-Generaldirektion in Brüssel, die ebenfalls dem Chef des Feld-Eisenbahndienstes untersteht.

Aus Vorstehendem ist ersichtlich, welche Leistungen im April erzielt wurden, es wäre interessant, die jetzigen Zahlen kennen zu lernen, nachdem seit Mai in Rußland so ungeheure Fortschritte gemacht wurden.

Der Kaiser soll bei einer Parade auf dem Tempelhofer Felde, als die Eisenbahn-Brigade (damals 3 Regimenter) ammarschiert kam, einmal gesagt haben: „Da kommt meine teuerste Brigade, aber leider ohne Trü.“ Ob das auf Wahrheit beruht, sei dahingestellt, jedenfalls ist die teure Brigade in diesem Kriege ein wichtiges Glied im deutschen Heere. Die Geschichte dieses Krieges wird uns den Beweis für die hervorragenden Leistungen der Eisenbahntuppen bringen.

der Kriegszeit eingehend worden sind: der Zuwachs an Vermögen und Einkommen der Tausende muß besteuert werden gegenüber den Verlusten der Millionen. Der Grundgedanke dieser Steuer hat im Reichstag schon in der letzten Tagung, im Aug., die vollste Zustimmung gefunden, über Einzelheiten, mögen sie noch so schwierig sein, wird man sich gewiß einigen. Eine Einigung erhoffen wir auch für die zweite angekündigte Vorlage, aber im entgegengesetzten Sinne, wie die Regierungen vorschlagen: die Herabsetzung der Jahresgrenze für die Altersrente von 70 auf 65 Jahre ist, trotz aller schwarzweiserischen Rechenkünste der amtlichen Versicherungstechniker, die bisher von der Wirklichkeit meist widerlegt worden sind, doch wohl ohne allzu erhebliche Geldopfer durchzuführen. In diesem Punkte wie auf anderen Gebieten der Sozialpolitik hat ja der Krieg, sonst der große Erwecker des Muts, leider nicht die Entschlossenheit der Regierungen gestärkt, und es ist dringend zu wünschen, daß der Reichstag hier mal kräftig „mehr Dampf dahinter“ mache. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, alle an sich notwendigen sozialpolitischen Forderungen bis nach dem Friedensschluß zu verschieben und zu verfrachten. Nach dem Kriege werden so verschiedene Aufgaben von höchster Wichtigkeit an uns herantreten, daß Zeit und Kraft der Gesetzgebung und Verwaltung von ihnen völlig beschlagnahmt sind. Nein, gerade jetzt ist Zeit und Anlaß, solche Reformen einzuleiten, um Mißständen vorzubeugen, die sich jetzt schon ankündigen und später bedrohlich auswaschen können. (Schluß folgt.)

## Weltkrieg und deutscher Geist.

Wertvolles über dieses Thema finden wir in einem Aufsatz von A. Wielandt, den die Zeitschrift „Die Tat“ in ihrem Dezemberheft bringt. Wir geben das Wesentliche daraus in folgendem wieder. Die Redaktion.

Wie oft haben wir Soldaten draußen im Schützengraben aus Zeitungen und Zeitschriften erfahren, worin der und jener unserer großen Männer den „Sinn“ dieses Krieges erblickten, was sie in „akademischen Vorträgen“ unter großem Beifall vor „begeisterten“ Zuhörern zum Besten gaben. Im „Berliner Tageblatt“ habe ich einmal eine eingehende Betrachtung eines Professors — der Name ist mir leider entfallen — über diese akademischen Vorträge und schriftstellerischen Aufzeichnungen dieser Berühmtheiten gelesen, worin er etwa sagte, bis jetzt seien es Phantastereien und eitle Selbstüberhebungen gewesen. Wie sehr hat mir damals dieser Gelehrte aus dem Herzen gesprochen!

Was uns dieser Krieg zweifelsfrei gezeigt hat, ist eine völlige Einheit des deutschen Volkes in der Verteidigung des Vaterlandes gegen seine äußeren Feinde. Diese Einmütigkeit wuchs aus der Überzeugung, daß es sich um einen Existenzkampf handle, um Sein oder Nichtsein des Ganzen, von dem jeder einzelne betroffen werde. Soweit diese Überzeugung noch vorherrschend ist, wird auch diese Kriegsbereitschaft zweifellos bestehen. Allen gemeinsam ist der Gedanke der Sicherung des äußeren Bestandes unseres Vaterlandes. Eine weitergehende Einmütigkeit über irgendwelchen anderen „Sinn“ dieses Krieges besteht aber zweifellos nicht.

Besteht ein gemeinsamer Wille über die äußere Sicherung des Vaterlandes hinaus? Werden wir, über die Leistung unserer Väter hinausgehend, „Besitz und Macht“ zu erringen, das Reich zu sichern, aus diesem Kriege mit einem einheitlichen Volkswillen hervorgehen, die Führung der Menschheit zu übernehmen auf dem Gebiete der Kultur, im Reiche des Geistes, der Wahrheit und Schönheit? Wollen und werden wir die Völker „besser, echter, reiner machen“?

Haben wir uns diese Aufgabe gestellt und welche Anzeichen sind für deren Erfüllung vorhanden oder was muß noch geschehen?

Ergehen wir uns nicht in allgemeinen Redensarten, sondern versuchen wir in die Tiefe des Problems: des deutschen Kulturproblems, zu dringen!

Vor Kriegsbeginn ein Chaos! Von einer einheitlichen Kultur keine Rede! Wo waren die führenden Geister auf den Gebieten der Religion, der Ethik, der Kunst, des öffentlichen Lebens? Wo waren die Persönlichkeiten? Und wie sah es in den breiten Massen des Volkes aus?! Wo war eine Einheit, ein geschlossener Aufbau des Denkens, des Empfindens, des Gefühls: der Weltanschauung? Ein Chaos!

Worin lag denn die Eigentümlichkeit des deutschen Geistes? Wie sah es in unserem gesellschaftlichen Leben aus?!

Unbestreitbar Großes leistete nur die deutsche Wissenschaft! Aber es fehlte die Krone: eine zusammenfassende religiöse, philosophische, ethische, einheitliche Weltanschauung.

Daran fehlt es der ganzen Menschheit, darin muß ein Volk führen, welches die Zukunft der Menschheit beherrschen, „Herr der Erde“ sein will.

Wir wählten uns als mit der Gestaltung der Formen des menschlichen Gemeinlebens, vor allem wirtschaftlicher, politischer, sozialer Art, schufen Einrichtungen um Einrichtungen, aber es fehlte der Geist, diese Formen zu füllen, zu beleben.

Es fehlt am Einzelmenschen! Dieser aber ist es doch, um den es sich handelt, um sein Erleben, um seine Innerlichkeit! Die Innerlichkeit des Empfindens war es, die das deutsche Volk zum Volk der „Denker und Dichter“ gemacht hatte, die Schöpferkraft, die bis in die einfachsten Kreise des Volkes hinein jeden einzelnen befähigt hatte, aus der Furchenheit des alltäglichen Lebens heraus sich zu erheben zu einer religiösen, künstlerischen, philosophischen Zusammenfassung, zur Totalität! Dieser Totalität ist uns verloren gegangen!

Männer, wie Luther, Dürer, Sachs, Fichte, Goethe, Schiller, müssen dem deutschen Volke als Vorbilder wieder geboren werden.

Ist dieser Verlust an Innerlichkeit ein dauernder, muß er ein solcher sein? Keineswegs!

In allen Ecken schlummert sie, in unserer Jugend rührt sich ein neuer Geist. Er bedarf nur der Erweckung, der Erziehung, der Führung. Und hierfür kann und soll der Staat eine Vorarbeit gewesen sein!

Das deutsche Volk war nicht frei! Unser Kaiser hat gesagt, „ich kenne keine Parteien mehr.“ um er Reichskanzler hat feierlich gelobt, für eine freie geistige Entwicklung einzutreten. Nie mehr darf einer geistigen Regierung von Staats wegen entgegengetreten werden, wenn sie nicht gegen die Staatsgesetze verstößt, die Vaterlandsliebe darf nicht von oben verschrieben und geprägt werden, sie ist etwas Selbstverständliches. Keinerlei Richtung des religiösen, ethischen, künstlerischen, philosophischen Empfindens darf von Staats wegen als

besonders „staatsertreu“ begünstigt werden. Das deutsche Volk soll „als freies Volk auf freiem Grund stehen“. Nur den, die der Jugend nicht bestimmte Denkwesen, Weltanschauungen aufzwingt, sondern nur die Mittel zu eigenem Denken an die Hand gibt. Unsere Gelehrten selbst müssen sich hüten vor der Gefahr, in reinem Spezialistentum zu verfallen, müssen dahin wirken, daß sich das Einzelwissen zu einem lebendigen Ganzen gestalte, das befruchtend in alle Lebensgebiete dringt.

Die Demokratisierung ist der Zug der Zeit. Nur dann ist sie ein Glück, wenn ganze Menschen, ein reifes, edles Volk von ihr Gebrauch machen. Demokratie kann nicht bestehen ohne Aristokratie. Nicht ein jeder darf meinen, alles zu können, alles zu wissen, Autorität nicht anerkennen zu müssen. Demokratie heißt nicht „Gleichmacherei“.

Der gesellschaftliche Aufbau gleicht einer Pyramide, nur auf gesundem, starkem Unterbau kann sich eine himmelhohe, ragende Spitze erheben. In richtigem Verhältnis müssen sich aber in stetigem Uebergang die Bildungsschichten übereinander lagern. Das Ganze aber muß als geschlossene Einheit vor unseren Augen stehen. Dieser gegliederte Organismus des gesamten Volkslebens muß getragen sein von gegenseitiger Achtung von oben nach unten, von unten nach oben, vor allem von Beamten zum Publikum, Vorgesetzten zu Untergebenen im Staats- und Militärdienste sowie privaten Erwerbsleben. Unser gesamtes privates, gesellschaftliches Leben muß wieder ein wahrhaftiges werden, durchdrungen von einer echten, zeitgemäßen Moral, die den natürlichen Bedürfnissen entspricht.

Ein festes Glied im deutschen Volksleben muß wieder die Familie mit der „deutschen Frau“ als sittlichem Halt und Mittelpunkt werden. Nicht einer Frau als aktmodischem, beschränktem, weltfremden Wesen, über das die Kinder schon in früher Jugend hinauswachsen, sondern einer klugen, aufgestellten Gefährtin des Mannes wie Vertrauten und Erzieherin der Kinder.

Wenn alle diese schlummernden Kräfte im deutschen Volke wieder frei werden, dann erst werden wir ein Volk von Welt sein, dann erst werden wir eine deutsche Kultur besitzen, die es verdient, die Erde zu beherrschen. Dieser Krieg hat versprochen, der Freiheit eine Gasse zu hauen, mögen aus dem Blute der gefallenen Helden des Krieges Helden des Friedens erstehen zur Wiedergeburt der deutschen Innerlichkeit. Dann wollen wir ohne Gefahr der Ueberhebung sagen:

Am deutschen Wesen  
Soll die Welt genesen!  
(„Berliner Volksztg.“)

## Reichswochenhilfe nach dem Kriege.

### Ein Vorschlag zur Stärkung der Volkskraft.

Zu den segensreichsten und zweckmäßigsten Fürsorgemaßnahmen in Kriegszeit ist die Reichswochenhilfe zu zählen, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, den Frauen von Kriegsteilnehmern über die schwere und verantwortliche Zeit, die einem Familienzuwachs vorangeht und nachfolgt, hinwegzuhelfen.

In den letzten Jahren vor dem Ausbruch des großen Krieges ist mit Nachdruck auf das betrübende Bild hingewiesen worden, das sich aus dem Nachlassen des Geburtenüberschusses für die Zukunft Deutschlands ergibt. Nun ist in dieser Beziehung wohl ein wenig zuviel gemurmelt worden, und unsere Widerwärtiger ringsum sind dadurch vielleicht auf den Gedanken gekommen, daß der Vorrat an kriegsfähigen Menschen in Deutschland in kurzer Zeit aufgebraucht sein würde. Wenn unsere Feinde inzwischen auch hinreichend darüber aufgeklärt worden sein dürften, daß es mit dem Versiegen des Menschenstromes noch sehr, sehr lange Zeit hat, so wohnt dieser Frage doch eine so hohe Bedeutung inne, daß einsichtige Volksfreunde über die Möglichkeit einer Abstellung des besagten Uebelstandes nachgedonnen haben.

Die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht hat sich ausgiebig mit dieser Erscheinung im deutschen Volksleben beschäftigt. Auf Grund eines Auftrages, den ihr Vorstandsmitglied Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Mayet vor einiger Zeit veröffentlicht hat, ist die Gesellschaft zu festumschriebenen Forderungen gekommen, die sie der Reichsregierung, dem Bundesrat und dem Reichstag unterbreitet haben mit dem Ersuchen um baldige Prüfung und gesetzliche Festlegung.

Als Reichswochenhilfe wird bekanntlich nach den Bestimmungen des Bundesrats gewährt: ein einmaliger Beitrag zu den Kosten der Einbindung in Höhe von 25 Mark, ein Wochenlohn von 1 Mark täglich für acht Wochen, eine Beihilfe von 10 Mark für etwa notwendige Hebammendienste und ärztliche Behandlung während der Schwangerschaft, ein Stillgeld in Höhe einer halben Mark täglich, solange die Kinder gestillt werden, bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Geburt.

Professor Dr. Mayet und mit ihm die Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht fordern, daß diese für die Kriegszeit in Kraft getretene Wochenhilfe nach dem Kriege im allgemeinen unverändert beibehalten werde, um dem Vaterlande einen erheblichen Teil der in frühester Jugend sterbenden Kinder zu erhalten. Diese großzügige Wochenfürsorge soll dadurch ermöglicht werden, daß alle gebärfähigen Frauen und Mädchen zwischen 16 und 45 Jahren zwangsweise einer neuen Versicherung beitreten, zu der jede der angeschlossenen weiblichen Personen einen Wochenbeitrag von 20 Pfennig zu leisten hat. Die Erhebung der Beiträge geschieht durch Einklebung von Beitragsmarken in eine Wochenhilfepersonal Karte nach Art der üblichen Karten bei der Alters- und Invaliditätsversicherung. Bei der ständesamtlichen Anmeldung der Geburt ist ein Leistungsbuch auszustellen, in dem die Geburt bescheinigt wird und die vorliegenden Stillwochen durch den Arzt, die Hebamme oder die Säuglingsfürsorgestelle eingetragen werden.

Es hat an anderen Vorschlägen einer Mutterchaftsversicherung nicht gefehlt. Der Rabinetsrat v. Wehr-Binnow hat in der Zeitschrift für Säuglingschutz bereits bestimmte Forderungen erhoben, die allerdings hinter den Leistungen der Reichswochenhilfe, die für die zukünftige Reichswochenhilfe als Basis werden sollen, in wesentlichen Punkten zurückbleiben. Nach seiner Ansicht soll die Versicherung nur die verehelichten weiblichen Personen und auch dann nur für den Zeitraum von zehn Jahren umfassen. Beides ist in hohem Maße bedenklich. Vom moralisch-ethischen Standpunkte ist die Frage nicht befriedigend zu lösen. Die Statistik ergibt jährlich eine Ziffer von 170 000 unehelichen Lebendgeburten, deren Leben erfahrungsgemäß am stärksten bedroht ist. Nahezu 10 Prozent aller Geburten des Jahres 1912 waren unehelich. Rechnet man bei einem Heere von 6 Millionen Streitern nur

etwa die Hälfte des angegebenen Prozentsatzes der unehelich geborenen Knaben als wehrfähig gewordene Männer, so ergibt dies doch beinahe 300 000 Kriegsteilnehmer. Diese Zahl ist natürlich einer starken Steigerung fähig, indem die geplante Reichswochenhilfe die Sterblichkeitsziffer gerade der unehelichen Kinder erheblich herabsetzen wird. Den gleichen Wert für die Volksgemeinschaft haben natürlich auch die weiblichen Geburten, indem jedes durch die unzähligen Fahrnisse der ersten Kindheit hindurchgeleitete kleine Mädchen für den Staat eine zukünftige Mutter darstellt. Jedes uneheliche Kind ist darum für den Staat eine willkommenere Stärkung der inneren Kraft.

Auch die Versicherung der Ehefrauen nur für die ersten zehn Jahre der Ehe ist kein glücklicher Gedanke. Gerade die kinderreichen Familien, die doch allerentschiedenster Förderung bedürfen, würden dadurch schwer benachteiligt werden. Professor Dr. Mayet stellt hier kurz und bündig den Grundgedanken der Solidarität aller Geschlechtsgenossen auf. Dieser Grundgedanke hat ja auch in der Krankenversicherung großartige Erfolge gehabt. Nach diesem Grundgedanke soll die Reichsmutterchaftsversicherung ausnahmslos alle gebärfähigen Mädchen und Frauen umfassen. Nach genauerer Berechnung unter Zugrundelegung der Angaben des statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich 1914 über die Volkszählung 1910 ermittelt Mayet 1 957 253 Geburten, die einen Aufwand von rund 49 Millionen Mark verursachen würden. Das Wochenlohn würde vor der Geburt rund 10 Millionen und endlich das Stillgeld rund 52 Millionen Mark erfordern. Die Gesamtausgabe für die Mutterchaftsversicherung würde nach Maßgabe der Zahlen für das Jahr 1910 etwa 221 Millionen Mark betragen haben.

Bei der Verteilung dieser Summe auf eine ermittelte Anzahl von 14 142 283 gebärfähigen weiblichen Personen ergibt sich ein Jahresbeitrag von 15,62 Mark, also eine Wochenzahlung von 30 Pfennig. Da aber das Reich das allergrößte Interesse an den wohltätigen Folgen der neuen Versicherung hat, so ist es nicht mehr als billig, wenn es einen angemessenen Anteil an den Kosten zu tragen hat. Ein Drittel der Vorkaufwendungen und die Verwaltung weist Mayet dem Reich zu. Damit kommt er zu dem Wochenbeitrag von 20 Pfennig für jede versicherte Person, der im Falle nachgewiesener Zahlungsunfähigkeit aus Armenmitteln zu zahlen wäre. Wenn man bedenkt, welche Riesengroße gegenwärtig das Volk für den Bestand des Vaterlandes darbringt und welche Erfolge für die Erhaltung des jungen Nachwuchses aus diesem Zukunftswerke erblickt werden, dann erscheint die dadurch bestehende Mehrbelastung des Reichsäckels außerordentlich klein.

Bei Einführung der Reichswochenhilfe in Friedenszeiten würde den Krankenkassen eine bedeutende Entlastung zuteil werden, da diese bereits eine, wenn auch beschränkte Wochenhilfe leisten. Da eine solche Entlastung aber nicht in der Absicht des Gesetzentwerfers liegt, so könnten den Krankenkassen andere Leistungen auferlegt werden, die eine wesentliche Erweiterung der Reichswochenhilfe darstellen würden. Eine Schwangerschaftshilfe zur Beschaffung von geeigneter Ernährung, eine verlängerte Gewährung des Stillgeldes und ein Schwangerschaftsgeld für Arbeitsunfähige wären Maßnahmen, die den Segen der geplanten Reichswochenhilfe erheblich steigern würden.

Einen weiteren, gar nicht hoch genug zu schätzenden Segen würde die Mutterchaftsversicherung im Gefolge haben. Die furchtbaren Taten der Verzweiflung junger, unehelicher Mütter, wie Selbst- und Kindesmord, Kindesaussetzung, sowie auch die Verbrechen gegen das keimende Leben würden sicher erheblich zurückgehen. (Berliner Volksztg.)

## Sinweg mit der Bildungssperre!

Die höhere Bildung war in Deutschland bisher im wesentlichen ein Vorrecht des Besitzes. Wie in bürgerlichen Kreisen die Ansprüche an die gesamte Lebenshaltung, in Nahrung, Kleidung und Wohnung sich bis zum Uebermaß steigerten, ohne daß ein Gefühl des Unrechts gegenüber der Wohnungsnot, dem körperlichen und dem geistigen Rückstände in weiten Schichten des Volkes aufkam, so schloß man auch die Augen vor dem vergeblichen Ringen der Tüchtigsten aus dem vierten Stande, die darum über eine gehobene Arbeiterstellung etwa aus den drückenden Verhältnissen nicht herauskamen. Während auf der einen Seite durch die Macht des Besitzes und damit des Anrechens auf eine höhere Schulbildung die Mittelmäßigkeit auf hervorragende Stellen gelangte, hatte das „Volk“ bis jetzt bei minderem Wohlstand nur die Volksschule als Bildungstätte, deren Besuch keinerlei Rechte und Ansprüche begründete. Auch den Tüchtigsten sind im wesentlichen die Wege zu den mittleren und höheren Stellen verschlossen, wenn sich nicht durch den Heeresdienst für manchen eine Bahn öffnete.

Der Volksschule fehlt ein wesentlicher Anschluß an die höhere Schule nicht bloß äußerlich, sondern auch nach dem Lehrplan; auch die preussischen Mittelschulen stehen für sich vereinzelt da. Abgesehen davon, daß sie sich nur an verhältnismäßig wenigen Stellen befinden, sind sie auch in den Stufen, die durchaus gleichen Lehrstoff mit der Volksschule gemein haben, völlig von dieser getrennt. Aber auch die Mittelschule, die den Bedürfnissen des Handels und des Gewerbes ja besonders dienen will, ist von der höheren Schule, sogar in den Formen der Realschulen und der Handelsschulen reinlich geschieden; von einem Ausblick auf die Hochschule ganz zu schweigen.

Volksschule und Mittelschule zielen in ihrem Plan auf das praktische Leben. Und es ist ein trauriges Zeichen der niederen Einschätzung der körperlichen Arbeit und der in ihr liegenden und durch sie geschaffenen Werte geistiger Art, daß von ihr aus kein Weg zur höheren Schule oder zu einem höheren Verufe führt. Das Handwerk oder nicht mehr zum Aufstieg in führende Stellungen. Diese werden durch die Berechtigungen der höheren Schulen erworben. Deren Plan von vornherein auf die Erziehung des Gelehrten ausgeht, trotz der betrüblichen Tatsache, daß weitaus der größte Teil ihrer Schüler das Ziel nicht erreicht. Die höheren Schulen legen ihre Bildung auf eine Harmonie der Bildungsinteressen an, die gleichmäßig und vielseitig gepflegt und entwickelt werden sollen. Wer den Ansprüchen in seiner Begabung nicht in allen Fächern gerecht wird, bleibt auf der Strecke.

Aber die Begabung ist ein eigenes Ding. Sie richtet sich nicht nach dem Stande, nicht nach dem Besitz der Eltern, nicht nach den Ansprüchen der Schule, sie ist nicht gleichmäßig in den Neigungen der Schüler, sie folgt nicht dem Lebensalter in der Entwicklung. Bei dem einen sind es die Geistesgaben, bei dem

anderen die Gemütskräfte, bei dem dritten die Kunstkräfte, sprachliche, rechnerische, praktische, naturwissenschaftliche, künstlerische Anlagen, die das Übergewicht haben.

Der Weg zur Erneuerung der Schule wird nicht ganz leicht sein. Die Einheitschule wäre nur der Anfang, allerdings ein sehr bedeutungsvoller.

In ähnlichem Geiste sind heute schon die Handelshochschulen tätig; auch in der künstlerischen Bildung ist der Weg freier, wenn er auch steil ist.

### Deutsche Kulturarbeit in Belgien.

Die deutsche Bildungszentrale in Belgien ist wohl ein sprechender Beweis dafür, daß unsere Heeresleitung auch auf das geistige Wohl ihrer Soldaten wohlbedacht ist.

Und welche große praktische Arbeit wurde erst geleistet! Bis Anfang September waren 85 Bibliotheken eingerichtet und eine Versorgung der Truppen mit Lesestoff zweckentsprechend dadurch eingeleitet.

Alles in allem wurde, wie schon aus diesen kurzen Ausführungen hervorgeht, ein Stück Kulturarbeit geleistet, auf das wir Deutschen wieder einmal stolz sein können.

### Die Herabsetzung der Altersgrenze.

Der Beschluß der Kommission. — Was wird die Regierung tun? Vor dem Zusammentritt des Reichstages richtete die „Berliner Volks-Zeitung“ an den Reichstag den dringenden Appell, in der Frage der Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente nicht umzufallen.

In der sie sich gegen die seinerzeit bei Erlaß der Reichsversicherungsordnung in Aussicht gestellte Herabsetzung wandten und diese Haltung besonders mit der ungünstigen finanziellen Lage begründeten.

Es kommt hinzu, daß es erwünscht sein muß, die volle Invalidisierung der im Alter von über 65 Jahren stehenden Arbeiter tunlichst zu verhindern, da infolge der Verluste des Krieges ohnehin sehr viele Arbeitskräfte fehlen werden.

Im übrigen geht die Gesetzgebung anderer Staaten für die Gewährung der Altersrente zum Teil noch tiefer herab, bis zum 60. Lebensjahre.

### Ehrentafel

für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen erlegenen Kollegen des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

- Richard Maschke, Vorsitzender des Ortsvereins Bütow i. P., 27 Jahre alt, ist nach siebenwöchiger Krankheit im Lazarett gestorben.

### Ritter des Eisernen Kreuzes.

- Für hervorragende Tapferkeit haben das Eiserne Kreuz erhalten: Bartoschinski, Mitglied des Ortsvereins Brandenburg (früher Bromberg).

### Rundschau.

Die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, ihre zweckmäßige Verteilung und die Festsetzung angemessener Preise sind noch immer die wichtigsten innerpolitischen Fragen, die unser Volk beschäftigen.

Der Ausschuss wandte sich auch ganz energisch gegen die neuerlichen Bestrebungen der Zuckerfabrikanten auf Erhöhung der Zuckerpriese um weitere 25 Prozent.

die festgesetzten Preise kein Gemüse vom Auslande eingeführt werden könne. Demgegenüber machte der Kriegsausschuss geltend, daß die jetzigen Höchstpreise noch weit über den im Vorjahre geltenden üblichen Preisen stehen.

### Ein unangenehmer Konflikt.

Als sich vor zwei Jahren die Reinmachefrauen des Allgemeinen Konsumvereins für Kiel und Umgegend in einer Bewegung befanden, wurde ihnen bei den Verhandlungen von ihrem Arbeitgeber gesagt, daß erstens der Verein gar nicht berechtigt sei, mit ihnen in eine Tarifverhandlung einzutreten.

Inzwischen hat sich für verschiedene Reinmachefrauen die Arbeitszeit zu einer intensiveren gestaltet, da sie heute mehr Arbeiten haben als früher; sie haben denn auch gehofft, eine kleine Lohnaufbesserung zu bekommen.

Da uns von der Ortskrankenkasse die Mitteilung zugegangen ist, daß Arbeiterinnen, welche 21 Jahre alt sind und keine 20 Mrk. pro Monat verdienen, nicht versicherungspflichtig sind, melden wir Sie mit dem 4. September ab.

Der Vorstand: C. Frahm. Die Frauen wandten sich nun, wie das „Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten“ mitteilt, mit der Bitte an den Aufsichtsrat des Kieler Konsumvereins, entweder die Anmeldung bei der Ortskrankenkasse rückgängig zu machen, oder die Frauen dadurch zu entschädigen, daß ihr Lohn um 2 Mark im Monat erhöht werde.

Das „Zentralorgan“ des Verbandes bemerkt dazu: „Geschick mag nach den jetzigen Bestimmungen der Vorstand ja nicht mehr benötigt werden können, diese Frauen noch gegen Krankheit zu versichern.

Der Vorstand des Verbandes der Hausangestellten wandte sich nun zur Beilegung des Konflikts nochmals in einem höflichen Schreiben an den Vorstand des Kieler Konsumvereins. Dieser lehnte aber eine Aufhebung des Beschlusses in ziemlich brüsker Form ab.

### Patent-Anzeige.

- Angemeldetes Patent. Kl. 34 i. W. 46 787: Toilettenflüss. Fr. Wolter, Helmstedt. Angemeldet am 5. 8. 15.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt für jeden Ortsverein die gebl. statistische Karte bei, um deren genauer Ausfüllung und pünktlicher Einreichung dringend gebeten wird.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 52. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig.

### Anzeigen.

Advertisement section containing various notices from different regions: Baden, Bredlau, Braunschweig, Göttingen, Gera, Gießen, Hamburg, Leipzig, Thorn, Ulm a. D., Worms. Each notice includes details about local associations, meetings, and services.